



**Jan Huuk**  
*Fraktionsvorsitzender*

**Wolf-Dietmar Brandtner**  
*Stv. Fraktionsvorsitzender*

## Presseinformation

Nr. 111/2007      Kiel, 17. Oktober 2007

Visionen rund ums Kieler Schloss

### **Kooperation in der Parallelwelt – Ignoranz der Tatsachen**

Anlässlich der Berichterstattung zum Thema Schloss und den Verlautbarung der Kooperation hierzu setzt sich der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Jan Huuk, mit der Standortpolitik der Mehrheitsfraktionen auseinander:

„Wenn wir einmal die standortpolitischen Aktivitäten der Kooperation um reine Ideenskizzen und Visionen bereinigen, bleibt als Leistungsbilanz für vier Jahre in politischer Verantwortung zu wenig übrig. Die genannten Projekte sind zwar richtig und wichtig, nur hat die Kommunalpolitik daran weit weniger Anteil, als es die Kooperation der Öffentlichkeit glauben machen will – beschränkt sich der Einfluss doch eher auf planungsrechtliche Aspekte.

Für wirkliche innovative Ideen und Leuchtturm-Projekte, wie Science Center und Hotel an der Ostseehalle, fehlen sowohl Umsetzungskraft als auch private Partner. Statt solche Projekte nach Kiel zu holen, werden lieber die letzten noch vorhandenen Großprojekte, wie der Flughafen, zum Absturz gebracht oder wandern wie das FOC ins Umland ab.

Da ist es schon bezeichnend, dass sich die Kooperation für etwas rühmt, was eine Selbstverständlichkeit sein sollte, nämlich die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas – allerdings sprechen die aktuellen Städte-Rankings leider eine ganz andere Sprache, doch dies wird natürlich von der Kooperation verschwiegen.

Im Übrigen weiß die FDP-Ratsfraktion jetzt endlich, warum sich die Kooperation gegenseitig blockiert und keine nachweislichen Erfolge zustande gebracht hat. Wenn Herr Hansen sagt: „*Es gibt keine Denkverbote mehr*“, hat es sie bei den schwarz-grünen Kolleginnen und Kollegen in dieser Legislatur offenbar gegeben.

Was das Schloss betrifft, so sollten wir als Stadt froh sein, dass für ein solch risikobehaftetes Objekt ein privater Investor gefunden werden konnte. Da dieser das wirtschaftliche Risiko trägt, sollte die Stadt sich nicht mit unqualifizierten Äußerungen in seine unternehmerische Freiheit einmischen, zumal dieser gegenwärtig offenbar überhaupt keinen Handlungsbedarf sieht.

Die Wirtschaftsdezernentin sollte sich lieber um Dinge kümmern, die in ihrem Verantwortungsbereich liegen und auf die sie auch direkt Einfluss nehmen kann.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer